

# **Rede zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2022 der Stadt Recklinghausen**

Frank Cerny  
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

- es gilt das gesprochene Wort -

**Sperrfrist: bis zum Beginn der Rede**



Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

vielleicht ist Ihnen der chinesische Philosoph Laotse bekannt, von dem zahlreiche Zitate stammen. Ein Zitat von ihm lautet: „Wer sich am Ziel glaubt, geht zurück.“

Bei diesem Satz kann man den Eindruck gewinnen, dass ein Ziel nie wirklich erreichbar ist, auch wenn man sich selbst gar nicht vom Ziel entfernen oder den Weg dahin verlassen will. Zum Glück ist das im wahren Leben nicht immer der Fall.

Aber bezogen auf unseren städtischen Haushalt kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass das erreichte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ins Wanken gerät. Denn einmal mehr zeigt sich, dass die städtische Finanzplanung – egal, wie solide sie angelegt ist – durch globale Ereignisse schnell ins Trudeln geraten kann.

Und dann müssen wir – trotz aller Maßnahmen der letzten Jahre, die zum Teil schmerzlich waren – wieder zittern und hoffen, dass es nicht so „Dicke“ kommt wie befürchtet.

Auf den ersten Blick ist der Haushaltsentwurf für 2022 ausgeglichen. Ziel erreicht - könnte man also glauben!

Die Wahrheit sieht aber anders aus, denn allein in diesem Jahr hat die Corona-Pandemie bisher Kosten in Höhe von 22 Mio. Euro verursacht, die unseren städtischen Haushalt belasten. Der Kämmerer hat das gemacht, was ihm der Gesetzgeber anbietet. Die „Corona-Schäden“ isolieren und damit einen scheinbar ausgeglichenen Haushalt herzustellen.

Aber wir wissen alle, dass das sogenannte „Isolierungsgesetz“ der schwarz-gelben Landesregierung eine Mogelpackung ist,

mit der wir uns nur aktuell behelfen können. Wenn die Prognosen zutreffen, dann werden wir bis 2025 Corona-bedingte Kosten in Höhe von 81 Mio. Euro - optimistisch geschätzt - oder im ungünstigen Fall sogar bis zu 90 Mio. Euro auf dem städtischen Deckel stehen haben.

Und dann kann es doch nicht sein, dass wir in 2024 - wenn wir über den Etat für 2025 abstimmen - nur die Wahl zwischen „Pest oder Cholera“ haben werden. Pest oder Cholera bei der Frage, wie wir mit der Bewältigung der angehäuften Schuldenlast umgehen sollen. Die Landesregierung bietet uns an: Entweder die Schuldenlast über 50 Jahre vorzutragen, was eine jährliche Mehrbelastung von mindestens 1,6 Mio. Euro bedeuten würde. Oder aus der Eigenkapital-Rücklage - also unserem städtischen Tafelsilber - die Schulden in einem Zug zu tilgen.

Das, meine Damen und Herren, ist keine Hilfe! Das ist so, als wenn man einem Ertrinkenden Schwimmflügel zuwirft und ihm zuruft: Aufblasen musst Du die Dinger aber selbst.

Wenn wir trotz der Corona-Schulden als Stadt in den kommenden Jahren handlungsfähig bleiben wollen, dann geht das nur, wenn uns das Land endlich hilft und auch der Bund - der uns zumindest für 2020 die Gewerbesteuer ausfälle erstattet hat - erneut unter die Arme greift. Ansonsten werden die Sparbemühungen, die wir seit 2012 mit Beginn des Stärkungspaktes unternommen haben, wieder zunichte gemacht.

Apropos Schulden: Zusätzlich zu den Corona-Schulden schwebt weiterhin die Altschulden-Problematik wie ein Damokles-Schwert über unserem städtischen Haushalt. Der Kämmerer hat uns während unserer Haushaltsklausur verdeutlicht, wie die Zinslast für unsere Stadt steigt, sofern die Zinsen für Kommunalkredite um 1 oder 2 Punkte steigen würden. Das heißt, wir sitzen da auf einem Pulverfass.

Unser Noch-Finanzminister und künftiger Bundeskanzler Olaf Scholz hatte bereits im letzten Jahr angeboten, dass der Bund

einen Altschuldenfonds einrichten wird, sofern sich die Bundesländer ebenfalls daran beteiligen.

Armin Laschet, der ja von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ein vernichtendes Zeugnis für seine Amtszeit als Ministerpräsident bekommen hat, hat sich seinerzeit weggeduckt und die Kommunen mit ihrer Altschuldenproblematik im Stich gelassen.

Und jetzt hat die künftige rot-grün-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag nochmals betont, dass sie bereit ist, den Kommunen beim Thema „Altschulden“ zu helfen. Ich bin gespannt, ob der Übergangs-Ministerpräsident Hendrik Wüst anders tickt als sein Vorgänger und bereit ist, sich an einer Altschuldenlösung zu beteiligen. Ansonsten wird spätestens im kommenden Jahr der neue Ministerpräsident Thomas Kutschaty das Thema anpacken.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der zwar heute noch nicht brandaktuell ist, aber uns ebenfalls in Zukunft ereilen wird. Es geht um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026, den der alte Bundestag noch im September beschlossen hat. Es war eine richtige Entscheidung, denn eine gut funktionierende Kinderbetreuung ist doppelt wichtig

1. für die Chancengleichheit aller Kinder und
2. für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung steht, dass sich der Bund dauerhaft an den Kosten der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern beteiligen wird. Das ist ein gutes Signal. Ich sage aber auch: Es müssen Taten folgen in Form von finanzieller Unterstützung, damit wir als Stadt in die Lage versetzt werden, diesen Rechtsanspruch auch umzusetzen.

Im letzten Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Gebäude haben wir nämlich beeindruckende Zahlen ge-

hört: Zurzeit werden an sechs Grundschulstandorten Schulerweiterungsbauten errichtet, um die OGS-Kapazitäten auszubauen. Pro Standort kostet der Ausbau 2 Mio. Euro. Aktuell finanziert aus dem Programm „Gute Schule 2020“ - übrigens ein Programm der letzten SPD-Landesregierung. Weitere 16 Schulstandorte sind noch auszubauen. Die Verwaltung rechnet mit Beträgen in ähnlicher Höhe. Das heißt, wir müssen bis 2026 zusätzlich 32 Mio. Euro investieren, um den Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung in unserer Stadt erfüllen zu können. Und getreu dem Motto „Wer die Musik bestellt - muss sie auch bezahlen“, brauchen wir für dieses Ausbauprogramm die finanzielle Unterstützung des Bundes.

Meine Damen und Herren, trotz der ungewissen finanziellen Lage dürfen wir wichtige Themen für unsere Stadt nicht aus den Augen verlieren.

Dazu gehört, dass wir weiterhin bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und der Ausweisung neuer Wohngebiete alles unternehmen, damit auch öffentlich geförderter Wohnraum entsteht. Vor allem auch deshalb, weil in den nächsten Jahren ein Großteil der geförderten Wohnungen aus der Bindung fallen werden und wir es nicht zulassen dürfen, dass Wohnen in Recklinghausen zu einem Luxusgut wird.

Auch ein anderes Thema muss uns umtreiben. Laut Angaben der Verwaltung leben in unserer Stadt 5.138 Kinder unter 18 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II bekommen. Und auffällig ist dabei, dass der Großteil dieser Kinder im Süden unserer Stadt lebt.

Und deshalb frage ich insbesondere Sie, Herr Dr. Sanders: Wie würden Sie es bezeichnen, dass diese Kinder auf vieles verzichten müssen, was für andere Gleichaltrige selbstverständlich ist? Für mich ist das eindeutig „Kinderarmut“ und diese Armut ist nicht nur ein materielles, sondern vor allem auch ein gesellschaftliches Problem. Und daher ist es wichtig, dass wir uns im

künftigen Beirat über Parteigrenzen hinweg mit der Frage beschäftigen: Welchen Beitrag können wir als Stadt leisten, damit diese Kinder aus der Armutsfalle rauskommen und die gleichen Teilhabe-Chancen am Leben haben, wie Kinder aus Familien, die über genügend Einkommen verfügen? Und es ist absurd, sich über die Benennung eines Gremiums zu streiten, anstatt gemeinsam - und hierzu zähle ich auch die Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände - nach Lösungen zu suchen, um den Kindern zu helfen.

Ein drittes Thema muss uns ebenfalls beschäftigen. Es ist die Frage: Was macht der Klimawandel mit unserer Stadt und wie können wir unsere Stadt an die Herausforderungen anpassen? Anpassen, um sie widerstandsfähiger zu machen gegen Extremwetter-Ereignisse, die uns unbestritten in den letzten Jahren auch verstärkt getroffen haben und ursächlich mit dem Klimawandel in Verbindung stehen.

Deshalb ist es gut, dass wir uns darauf verständigt haben, 77.500 Euro aus der freien Spitze für Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, kombiniert mit Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität. Beides ergänzt sich nämlich thematisch.

Klar muss aber auch sein, dass für die Biodiversität künftig eine eigene Haushaltsstelle eingerichtet wird, aus der entsprechende Maßnahmen auskömmlich finanziert werden können.

Auch wenn, die freie Spitze mit insgesamt 287.500 Euro erneut knapp bemessen ist, so können daraus zumindest ein paar Dinge finanziert werden, die in gewisser Weise auch eine Wertschätzung für gutes Engagement in unserer Stadt darstellen.

Ein Beispiel dafür ist der Verein Blumenthal 7 e.V.. Er engagiert sich für den Erhalt der Tagesanlagen des ehemaligen Schachtes 7 an der Dorstener Straße und will diese künftig für Jugend- und Kulturangebote öffnen. Dieses Engagement soll mit einem Investitionszuschuss von 12.000 Euro gefördert werden.

Ebenso soll die Arbeit des Vereins für Jugendheime auf der Bauspielfarm unterstützt werden. Nicht nur die bekannte Ferienfreizeit „Paulihausen“, sondern viele Angebote darüber hinaus werden von Kindern und Jugendlichen in Suderwich aufgesucht und gut angenommen. Damit die Besucherinnen und Besucher auch künftig über Mittag vernünftig verpflegt werden können, wird es einen Zuschuss zu einer neuen Indoor-Küche in Höhe von 22.500 Euro geben.

Und die Bürgerschützengilde Hochlarmark, die übrigens ihren Schießstand in vielen Stunden der Eigenarbeit zu einer modernen Anlage umgebaut hat, wird sich darüber freuen können, dass wir die Anschaffung einer sogenannten „Optronic“ unterstützen. Mit ihr können sehbehinderte Sportlerinnen und Sportler, die seit Jahren erfolgreich mit dem Schützenverein kooperieren, ihren Sport auch künftig gut und zielsicher ausüben.

Bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes 2021 haben SPD, CDU und Grüne beschlossen, dass auch für das Haushaltsjahr 2022 finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 Euro für die Beschaffung von digitalen Endgeräten für benachteiligte Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Laut Schulverwaltung werden diese Mittel nicht ausschließlich für digitale Endgeräte benötigt, da zusätzliche Fördermittel für Schulen mit hohem Sozialindex eingegangen sind. Allerdings gibt es an unseren weiterführenden Schulen einen hohen Bedarf an Präsentationstechnik. Deshalb werden für die Anschaffung von Präsentationsgeräten 30.000 Euro aus der freien Spitze bereitstehen. Ergänzt um die Mittel, die nicht mehr für digitale Endgeräte benötigt werden.

Und bei einem anderen Thema wird auch nochmals nachgelegt: Seit Jahren wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger in Suderwich einen Generationenspielplatz. Die SPD-Fraktion hat zum Haushalt 2018 bereits 30.000 Euro aus der damaligen freien Spitze für die Beschaffung von Spiel- und Bewegungsgeräten für den künftigen Generationenspielplatz in Suderwich bereitgestellt. Da der Spielplatz im nächsten Jahr an der Heinrich-

Pardon-Sporthalle angelegt werden soll, bedarf es weiterer Mittel für Spiel- und Bewegungsgeräte. Mit den jetzt zusätzlichen 20.000 Euro aus der freien Spitze stehen dann insgesamt 50.000 Euro für das Projekt zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, die Zukunft unserer städtischen Finanzen ist, wie ich zu Beginn meiner Rede gesagt habe, angespannt und ungewiss. Aber wie sagte schon der Schriftsteller Lothar Schmidt: „Wer die Zukunft fürchtet, verdirbt sich die Gegenwart.“ Deshalb lassen Sie uns das Beste aus der Gegenwart machen, damit wir die Zukunft nicht fürchten müssen.

Ich bedanke mich abschließend:

- bei den Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran bei Herrn Grunwald, Herrn Lubrich und Herr Fritz, für die Unterstützung unserer Haushaltsberatungen,
- bei den Mitgliedern meiner Fraktion für die intensiven und produktiven Diskussionen zum Haushalt 2022,
- und bei den Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen für die Gespräche zum Haushaltsetat, die in diesem Jahr sehr zügig und unkompliziert über die Bühne gegangen sind.

Die SPD-Ratsfraktion stimmt dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, und wünsche Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit und angesichts der aktuellen Lage vor allem eines: Bleiben Sie bitte gesund!